

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

# TAUNUS ECHO

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei / Hochtaunus

Ausgabe 04, 30. Jahrgang, September -Oktober 2008

## Spitzelstaat BRD

**Vielleicht wissen Sie es bereits - mit der neuen Steuer Identifikationsnummer werden alle Bürgerinnen und Bürger der BRD zentral erfasst. Der Versand der Nummern hat begonnen, vielleicht haben Sie Ihre Nummer bereits auch schon erhalten. Hier einige wichtige Informationen dazu.**

**Sie werden erfasst.  
Klagen Sie gegen Ihre zentrale Erfassung und Speicherung.**

Seit dem 1. August werden die neuen sogenannten "Steueridentifikationsnummern" (Steuer-ID) verschickt. Bis zum Ende dieses Jahres erhalten alle Bürgerinnen und Bürger in der BRD ein Schreiben mit ihrer persönlichen 11stelligen Steuer-ID. Diese Nummer gilt künftig nicht nur ein Leben lang, sondern sogar 20 Jahre über den Tod hinaus. Das ist ein rechtlich umstrittenes bzw. unzulässiges, aber vor allem sehr gefährliches Personenkennzeichen.

Wobei sogar zu befürchten ist, dass diese Nummer über kurz oder lang im (elektronischen) Personalausweis übernommen wird und auch eine Implantation langfristig nicht ausgeschlossen werden kann.

Unter der Steuer-ID werden alle möglichen Informationen über Sie künftig nicht nur bei Finanzämtern, sondern auch bei anderen Behörden und Einrichtungen gespeichert und verwendet werden. Mehrere ähnliche Parallel-Projekte sind bereits in Arbeit: Die zentrale Gesundheitskarte (mit umfangreicher tagesaktueller zentraler Datenspeicherung aller Informationen rund um Ihre Gesundheit) und das elektronische Abrechnungsverfahren ELENA (das zentral Ihre sämtlichen Arbeits- und Beschäftigungsdaten tagesaktuell erfasst). Bereits jetzt wird von Datenschützern die zentrale Zusammenführung dieser Datenströme unter der zentralen Steuer-ID befürchtet.

Es gibt seit langem umfangreiche

Proteste von Datenschützern, Parteien darunter auch die DKP, quer durch alle weltanschaulichen und politischen Lager. Dennoch wird die sogenannten "Steuer-ID" jetzt verschickt und ihre Anwendung gestartet.



## Erdgas wird drastisch teurer



**Die Stadtwerke Bad Homburg erhöhen bereits zum dritten Mal in diesem Jahr den Gaspreis.**

Die Preise für Erdgas sollen zum 1. Oktober um rund 20 Prozent erhöht werden. Das betrifft etwa 10 500 Erdgas-Kunden. Für einen durchschnittlichen Haushalt mit einem Verbrauch von 20 000 Kilowattstunden (kWh) bedeute das jährliche Mehrkosten von etwa 270 Euro. Vom 1. Oktober an kostet eine Kilowattstunde Gas 7,16 Cent brutto. Das ist eine Erhöhung um 1,29 Cent. Als Grund für die Anhebung werden mal wieder die "drastisch gestiegenen Bezugskosten" angegeben. Eine Preiserhöhung folgt der nächsten. Jetzt hat auch Taunagas in

Oberursel nachgezogen. In Oberursel müssen die Gas-Kunden zum 1. Oktober eine Erhöhung um 1,1 auf 6,96 Cent hinnehmen. Die Mainova, zu dessen Kernversorgungsgebiet der übrige Hochtaunuskreis gehört, erhöht bereits zum 1. September die Preise um 9 Prozent auf 6,35 Cent. Wir fordern nach wie vor für Sozialschwache Familien und Einzelpersonen die Übernahme der Energiekosten, bzw. einen verträglichen Tarif. Eine Forderung, die bei konsequenter Umsetzung unserer Verfassung auch möglich wäre.



**Der Anfang eines gelösten Problems**

### Inhalt

**Seite 2:** Terror in Afghanistan, Unser Verhältnis zur PDL

**Seite 3:** Auch der Hochtaunus ist sozial gespalten, IBO sagt

**Seite 4:** Evangelikale sind eine Gefahr, 24 Stunden Schwerverkehr, Termine

**Seite 5:** Mein coming out, Ernst Thälmann Gedenkstätte in großer Gefahr

**Seite 6:** 40 Jahre DKP, Kundgebung 90 Jahre Novemberrevolution/ 70 Jahre Pogromnacht, Doch wenn sich die Dinge ändern DIE LINKE

**Seite 7:** Frage an Holger Haibach, Hochtaunus Kliniken, PRS Neubau

**Seite 8:** Faschismus ist die Meinung von Verbrechern, NPD Verbot jetzt!

# Terror in Afghanistan



**Nur einen Tag nach dem tödlichen Angriff auf einen Bundeswehrkonvoi in der afghanischen Provinz Kundus haben deutsche Soldaten an einem Checkpoint zwei Kinder und eine Frau erschossen.**

Vier weitere Kinder wurden bei dem Beschuss verletzt. Den Schilderungen zufolge eröffneten deutsche Soldaten am Donnerstagabend kurz vor 22 Uhr an einem Kontrollpunkt in der Stadt Khanabad nördlich von Kundus das Feuer auf einen Pkw mit Zivilisten. Den Angaben zufolge fuhren zwei Autos des selben Typs

auf den Checkpoint zu. Einer der Pkw sei dann kurz vor dem Kontrollpunkt umgedreht, der andere sei diesem im letzten Moment gefolgt. Dann haben die Deutschen das Feuer eröffnet und von hinten auf das wegführende zweite Fahrzeug geschossen. Im Inneren hätten ausschließlich Zivilisten gesessen, eine Frau und zwei Kinder sind gestorben. Der Sprecher des Kriegsministeriums, Thomas Raabe, behauptete die "Sicherheitskräfte" hätten das Feuer eröffnet, nachdem die Autos trotz eindeutiger Haltezeichen weitergefahren

seien. Ob bei dem "Zwischenfall" - so die hiesige Sprachregelung für die Ermordung einheimischer Zivilisten im Besatzungsgebiet - deutsche Soldaten geschossen haben oder ihre afghanischen Kollegen, werde "derzeit ermittelt". Raabe desinformierte weiter, es werde zudem geprüft, ob in den Fahrzeugen verdächtiges Material wie Waffen gewesen sei. Und überhaupt: Die Lage in Kundus sei nach dem Anschlag auf die Bundeswehr bei dem ein Hauptfeldwebel getötet und drei weitere verletzt worden waren, "angespannt". Das Internetportal [german-foreign-policy.com](http://german-foreign-policy.com) erinnert daran, daß es weitgehend unbekannt ist, welchen Anteil die Bundeswehr an der Tötung von Zivilpersonen hat. "RECCE-Tornados der Bundeswehr tragen in erheblichem Umfang zur Zielerfassung der NATO-Kampfflugzeuge bei - mutmaßlich auch bei der Bombardierung von Zivilisten. Verlässliche Erkenntnisse darüber sind wegen der Berliner Geheimhaltungspraxis ebenso schwer zu erlangen wie solide Informationen über die Kriegführung der Sondereinheit Kommando Spezialkräfte (KSK)." So ist unklar, ob die Bundeswehr auch in die Bombardierung des westafghanischen Dorfes Asisabad verwickelt ist. Bei dem Massaker am 21. August waren mindestens 90 Zivilisten getötet worden. Nach UN-Angaben waren unter den Toten 60 Kinder und 15 Frauen.

## Unser Verhältnis zur „Partei Die Linke“ (PDL)

**Nun ist die Frage des Verhältnisses zwischen DKP und PDL nicht derart weltbewegend, dass davon die Zukunft unseres Landes abhängt - zumindest nicht die nähere.**

Dennoch ist die Frage nicht unbedeutend, wie sich die PDL entwickelt. Während die DKP das kapitalistische System als die Ursache von Ausbeutung, Verelendung und Kriegsführung sieht, will die PDL im Rahmen dieses Systems die Lage der Menschen durch Reformen verbessern. Dies ist sehr ehrenwert und wir unterstützen den Kampf um derartige Reformen. Gleichzeitig warnen wir Kommunisten vor Illusionen: Im Kapitalismus wird Erwerbslosigkeit und Verelendung (darauf hat Karl Marx schon hingewiesen) nicht zu überwinden sein. Ebenso wenig ist eine Rückkehr zur sog. „sozialen Marktwirtschaft“ („Sozialstaat“) möglich, in der sozialen Errungenschaften erkämpft werden konnten vor dem Hintergrund der Existenz der sozialistischen Staaten wegen der Systemkonkurrenz. Die Ziele Geldvermehrung (Akkumulation des Kapitals), Aktiengewinne, Ausweitung der Märkte mit Wegfall der Zollgrenzen führt zur

Ausbeutung der Rohstoffe (ÖL, Bodenschätze wie Erze) in anderen Ländern und wenn nötig zum Einmarsch, also Krieg. Wenn wir also einerseits die Zielstellung einer reformistischen Partei wie der PDL bei konkreten Aufgaben unterstützen, erscheint andererseits die Wendung in eine staatstragende Partei problematisch. Gysi schätzt Obama (der den Krieg in Afghanistan ausweiten will), Bisky kann sich eine Koalition mit der CDU vorstellen - sie alle wollen im Westen ankommen bzw. sind schon angekommen. Wenn nun Ramelow in Thüringen Ministerpräsident werden will, kann er noch so viele Menschen mit „Stasi-Vergangenheit“ rauswerfen, die Vorwürfe „SED-Nachfolgepartei“ zu sein, werden so lange wiederholt werden, bis die PDL als integrative links-liberale Partei ihre zugewiesene Rolle im Parteienspektrum Deutschlands gefunden hat. Dort hat sie die Aufgabe, aufbegehrende junge Leute zu integrieren, wie das vor Jahrzehnten Aufgabe der SPD, und dann der Grünen war. Gerade die Grünen, die aus Teilen einer progressiven Bewegung für Demokratie und Umweltschutz hervorgegangen sind, zeigen aus einer

fortschrittlichen wurde eine rechte Partei. Die Grünen waren Pazifisten, gegen Kriege von deutschem Boden aus. Dann wurden sie für den Überfall auf Jugoslawien (gemeinsam mit der SPD) gebraucht, und J. Fischer trieb die Kriegsbegeisterung mit der Parole an: „Auschwitz darf sich nicht wiederholen“. Also wurde zurückgeschossen. An diese Schweinerei, an diese Verharmlosung der Naziverbrechen durch Fischer, soll deswegen erinnert werden, weil es auch schon in der PDL Stimmen gibt, die sich Kriegseinsätze („aber nur mit UNO-Mandat“) vorstellen können. Ideologische Klarheit ist erforderlich, um effektiver die Zusammenarbeit in Bündnissen, auf kommunaler Ebene oder auch im Kampf gegen Rechts weiterzuführen. Wo es geht arbeiten wir mit der PDL zusammen, immer darauf bedacht wie es schon im Manifest der Kommunistischen Partei heisst, die Eigentumsfrage hervorzuheben. Denn damit haben viele in der PDL inzwischen ein Problem. Auch mit uns haben manche Mitglieder der PDL ein Problem, da wir eben darauf hinweisen.

**Nicht vergessen, DKP Stärken!**

# Auch der Hochtaunus ist sozial gespalten Teil IV



**Mehr als 150 Bad Homburger Haushalte bekommen an der Wallstraße derzeit einmal in der Woche einen Lebensmittelkorb gepackt.**

470 Menschen, die von Hartz IV oder einer Mindestrente leben müssen. Auf der Warteliste stehen jedoch noch rund 500 Personen und das allein in Bad Homburg. Auch der Transport in die Wallstraße ergibt Probleme. Die Tafel besitzt kein Fahrzeug, in dem sich Lebensmittel ohne Unterbrechung der Kühlkette transportieren lassen. Ein Warenkorb der Tafel, der gegen einen symbolischen Euro herausgegeben wird hat einen Gegenwert von 30 bis 40 Euro. Bei knapp 360 Euro Barem im Monat hilft das schon. Gemüse, Obst, Milchprodukte sind immer im Korb, Dauerlebensmittel wie Mehl oder Zucker eher seltener. In Usingen gibt es seit März für Stadt und Umland die Einrichtung "Aufgetischt" des Deutschen Roten Kreuzes. Die Lebensmittelausgabestelle funktioniert wie eine Tafel, darf sich allerdings nicht so nennen, da sie nicht dem Tafel-Verband angehören. Das Projekt ist aus den Reihen der Erwerbsloseninitiative hervorgegangen. Auch in der Hintertaunusstadt zeigt sich ein höherer Bedarf an Lebensmittelabgaben, als die 18 ehrenamtlichen Helfer bewältigen können. An mittlerweile zwei Tagen in der Woche werden mehr als 120 Warenkörbe zusammengestellt und ausgeben. Mehr geht im Moment nicht, wie so oft fehlt es an passenden Räumen. In Usingen sind ca. 100 Menschen auf der Warteliste. In den übrigen Kommunen des Hochtaunus gibt es nichts vergleichbares. Auch dort würde so etwas benötigt. In der nächsten Ausgabe des Taunus Echo, berichten wir von der anderen Seite des Speiseplans. Von der Seite wo ein Mittagessen pro Person gerne mal die 150 Euro überschreiten kann. Denn auch das gibt es hier.



**4 Wochen hatten ich und ein weiterer Genosse aus dem Hochtaunus das zweifelhafte Vergnügen, die sogenannte „junge Freiheit“ zu lesen, spendiert von einem Herrn v. Bismarck, der sich große Sorgen um Deutschland macht, aber ich denke, er macht sich Sorgen um sein Bankkonto, welches ihm zu langsam anwächst.**

Er behauptet, Deutschland würde nach links abdriften. Die Kommunisten, wobei er auch die linken Sozialdemokraten Gysi und Lafontaine meint, würden ihr Haupt wieder erheben, und das 18 Jahre nach „Schießbefehl“, „Unrechtsstaat“ (er meint die DDR), und „Stasi“! Weiterhin behauptet er, die SPD hätte ihre Tradition aufgegeben. Die Kommunisten würden in den Medien hofiert! Dieser Hetzer behauptet auch, unsere Genossin Christel Wegner hätte öffentlich im NDR nach Einführung der Stasi gefordert. Nun muss man auf die vielen Lügen und Falschaussagen dieses Herrn, der anscheinend schon sehr senil ist, auch eingehen: Deutschland driftet nicht nach links, sondern nach rechts. 1956 wurde die KPD verboten, Kommunisten verfolgt und eingekerkert. Heute werden Schlapphütte Mitglied der NPD um sie nicht verbieten zu "können", diese erhält zudem noch staatliche finanzielle Unterstützung. Während die Polizei auf linke Demonstranten einschlägt, werden rechte Gewalttaten verniedlicht, bzw. rechte Demonstranten beschützt. Die BRD-Medien sind gleichgeschaltet und

berichten nur im Sinne der Herrschenden. Der NDR hat den Bericht und das Interview mit der Genossin Wegner manipuliert und zusammengeschnitten. Der NDR hat gelogen, um die Wahlen in Hamburg zu Ungunsten der PDL, auf deren Liste auch Genossen der DKP standen, zu manipulieren. Kommunisten werden also nicht hofiert. Gerne eingeladen zu Talkshows werden Politiker, wie Petra Pau von der PDL, die zu allem nickt und auch auf die DDR einhaut. Nun zum Schießbefehl: Es gab KEINEN Schießbefehl, sondern eine Schusswaffengebrauchsbestimmung, wie sie auch BRD-Organen hatten und haben. Wenn man mit der Keule „Stasi“ kommt, so sollte man nicht vergessen, dass die BRD ihre Bürger in großem Umfang überwacht und bespitzelt, und dies von Schäuble immer weiter perfektioniert wird. Auch die Behauptung, die SPD hätte ihre Tradition aufgegeben, muss ich widersprechen: Die SPD hat, diesmal mit Schröder, Müntefering und Beck, wieder mal die Arbeiter verraten (dies ist die Tradition der SPD) indem sie nur noch Politik für Reiche und Konzerne macht. Wenn v. Bismarck die DDR diskreditieren will, wie es 1990 der damalige Bundesjustizminister Kinkel verlangte, so kann man ihm entgegenhalten, dass es in der DDR im Gegensatz zur BRD keine Erwerbslosigkeit, - und Obdachlosigkeit, keine ausufernde Kriminalität, keine Armut (auch nicht bei Kindern und alten Menschen, wie in der BRD stark zunehmend) und keine Kriegseinsätze gab. Man benötigte in der DDR auch keine Tafel und keine Suppenküchen. Preise für Grundbedürfnisse waren in der DDR sehr niedrig, auch kulturell wurde kein Mensch aus finanziellen Gründen ausgeschlossen. Es gab kostenlose Bildung und Gesundheitsvorsorge für alle Bürger. Das Bildungssystem der DDR war vorbildlich, Wahlen fanden statt, die Bürger konnten sehr billig Urlaub machen - auch im sozialistischen Ausland, während sich heute z.B. ein ALG II Empfänger keine Fahrkarte zum Nachbarort leisten kann - soviel zur Reisefreiheit der BRD.

**Wie immer appelliere ich: Lest die UZ und die JUNGE WELT, unterstützt die DKP und die SDAJ**



**unsere zeit**  
sozialistische Wochenzeitung

Probexemplare bzw.  
10 Wochen Gratis-Abo  
(endet automatisch):  
UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,  
45127 Essen, tel 0201-2486482,  
E-mail: UZAbo@t-online.de  
[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)

**Woche für Woche  
Antikriegszeitung**

# Evangelikale sind eine Gefahr! Aber Religion ist heilbar Folge XVI

## Vor einem wachsenden Einfluss der Evangelikalen in Deutschland warnt der Internationale Bund der Konfessionslosen und Atheisten.

Die Organisation setzt sich in der neuesten Ausgabe ihres in Aschaffenburg erscheinenden Magazins "MIZ" (Materialien und Informationen zur Zeit) mit dieser Bewegung auseinander. Drei Beiträge widmen sich dem Thema „Luthers Erben – Evangelikale in Deutschland“. Während die „liberale EKD“ seit Jahren Mitglieder verliert, verzeichneten viele evangelikale Gruppen Zuwächse, schreibt Redaktionsmitglied Frank Welker. Gemeinsames Merkmal der Evangelikalen ist ihr enormes Sendungsbewusstsein: „Die Missionierung und damit die Rettung Ungläubiger ist ein wichtiger Kern ihres religiösen Lebens und letztlich auch der Schlüssel zu ihrem Erfolg.“ Prominente Politiker machten sich für die Evangelikalen stark. So gehörten die Ministerpräsidenten von Bayern und Niedersachsen, Günther Beckstein (CSU) und Christian Wulff (CDU), zu den Unterstützern der missionarischen Aktion ProChrist. Besonders stark setzt die evangelikale Bewegung auf das Internet. Vermutlich sei die Mehrheit aller

christlichen Webseiten evangelikal ausgerichtet. Auch hier spiegelt sich der Missionierungsdrang der Bewegung wider. Fazit des Beitrags: „In den letzten Jahren wurde viel über den Islam und dessen Hang zum Fundamentalismus diskutiert, nahezu unbeachtet blieb jedoch die Ausbreitung des christlichen Fundamentalismus.“ Dabei seien die Probleme in vielen Punkten die gleichen, etwa rigide Moralvorstellungen, Schulboykotte und Ablehnung der Homosexualität. In einem weiteren Beitrag in dem atheistischen-Magazin heißt es, die schlicht konservativ-rückwärts-gewandten Vorstellungen der Evangelikalen finden auch in der Politik Anklang und führen zu erstaunlichen Allianzen mit dem konservativen katholischen Lager. Als dienstbare Geister erweisen sich Politiker wie Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen und der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus (beide CDU), die sich aus eigenem oder politischem Interesse vor den Karren spannen lassen. So hat die Ministerin im Sommer 2007 zwei von religiös-fundamentalistischen Kreisen kritisierte Aufklärungsbroschüren über frühkindliche Sexualität gestoppt. Althaus

macht keinen Hehl daraus, dass er die Einbindung von Glaube und Religion in die naturwissenschaftlichen Fächer für hoch bedeutsam halte, wie auch die ehemalige Kultusministerin von Hessen Wolff. Im dritten Beitrag über Evangelikale geht es um die Jugendbewegung „Jesus Freaks“. Sie ist ebenfalls stark missionarisch ausgerichtet und vertritt reaktionäres Gedankengut. Dazu gehört das absolute Nein zur Abtreibung und zur Evolutionstheorie. Abschließend kann man zu dieser Gruppe sagen, hinter der liberalen Fassade der Jesus Freaks verbirgt sich eine fundamentalistische Variante des Christentums.

**Ein Genosse der DKP Hochtaunus hat einen Artikel über die Verbindung von Neofaschismus und Evangelikalen Kreationisten geschrieben. Dieser kann als PDF bei uns kostenlos bestellt werden. Wer ihn Ausgedruckt zugeschickt haben möchte, kann diesen für 1,10 Euro in 2 Briefmarken zu je 0,55 Euro bekommen.**

Unsere e-Mail Adresse: [dkphochtaunus@googlemail.com](mailto:dkphochtaunus@googlemail.com), unsere Post Adresse: DKP Hochtaunus, Postfach 1344 in 61283 Bad Homburg.

## 24 Stunden Schwerverkehr



### Beim Regierungspräsidium Darmstadt liegt ein Antrag der Cemex Kies & Splitt GmbH für den 24-Stunden-Betrieb im Quarzitwerk Köppern.

Noch wird von 6 bis 19 Uhr gearbeitet. Für die Arbeiten im Steinbruch soll dies weiterhin gelten, nicht aber für das Zerkleinern und Abtransportieren des Materials, das Beton und Straßenasphalt heller und härter sowie Öfen feuerfest macht. Das Verkaufsvolumen soll von 700 000 Tonnen auf eine Millionen Tonnen im Jahr gesteigert werden. Die Nachfrage sei hoch, die Zahl der Quarzitbrüche aber klein. Momentan fahren LKWs 600 bis 800 mal zwischen 6 und 19 Uhr am Bahnhof Lochmühle vorbei. Die Zahl der Schwertransporte soll zwar steigen, die Belastung während der Tageszeit jedoch abnehmen, weil sich die Fuhren bei einem 24-Stunden-Betrieb über den gesamten Tag verteilen. Das dort

Menschen wohnen und ggf. auch schlafen wollen ist bei Profit nebensächlich. Seit knapp 120 Jahren wird im Köpperner Wald Quarzit abgebaut. Aus diesem Gestein besteht fast der gesamte Taunuskamm. Der Steinbruch war bis in der 90er Jahre im Besitz der Familie Bähr. Lange Zeit arbeiteten dort mehr als hundert Menschen, darunter auch Insassen des Butzbacher Gefängnisses, mit einfachem Arbeitsgerät und Sprengstoff. Im Faschismus wurden hier Zwangsarbeiter ausgebeutet, mehrere sowjetische wurden noch am letzten Kriegstag (Im Taunus der 30. März 1945) von der SS ermordet. Sie liegen in einem Massengrab, das bis heute nicht exhumiert wurde. (Wir berichteten) Heute gibt es 15 Arbeiter und fast ebenso viele Arbeiter von Subunternehmen auf dem Gelände.

## Termine der DKP Hochtaunus für September und Oktober

**Montag 08.09.** Mitgliederversammlung der DKP Hochtaunus Ort und Zeit auf Anfrage

**Samstag 13.09.** CSD Iserlohn DKP queer Infostand

**Freitag 19.09. - Sonntag 21.09.** DKP queer VIII. Bundestreffen Leverkusen

**Samstag 27.09.** PV Veranstaltung 40 Jahre DKP in Recklinghausen

**Sonntag 28.09.** Stammtisch der DKP Hochtaunus ab 17.30 Uhr im Cafe Klatsch, Hugenottenstraße 98 in Friedrichsdorf

**Montag 29.09.** Bildungsveranstaltung "40 Jahre DKP" Ort und Zeit auf Anfrage

**Montag 06.10.** Mitgliederversammlung der DKP Hochtaunus Ort und Zeit auf Anfrage

**Montag 13.10.** Bildungsveranstaltung „Demokratie-Diktatur“ Ort und Zeit auf Anfrage

**Sonntag 19.10.** Stammtisch der DKP Hochtaunus ab 17.30 Uhr im Cafe Klatsch, Hugenottenstraße 98 in Friedrichsdorf

**Montag 03.11.** Mitgliederversammlung der DKP Hochtaunus Ort und Zeit auf Anfrage

## Mein Coming-Out

Mark von der SDAJ berichtet über seine Erfahrungen

**Mit elf Jahren merkte ich, dass ich Jungs irgendwie interessanter finde als Mädels.**

Was heißt interessanter? Total geil. Nun ja. Schwul? Ach nein, der Junge ist doch erst elf, da hat man keine sexuellen Fantasien (zu haben) und überhaupt haben das viele mal... Das ist eine Phase. Das wird schon wieder! Denkst Du.. Nun ja, diese Phase hält jetzt schon ein paar Jahre an. Nun.. bin ich wirklich einer vom „anderen Ufer“? Muss das sein? Ausgerechnet ich? Ja. Ich. Warum weiß ich nicht. Will ich irgendwie auch nicht wissen. Ist ja schließlich egal. Was allerdings irgendwie nicht egal war: Wie gehen Familie, Freunde und Bekannte damit um? Müssen die das überhaupt wissen? Muss ich meinem Vater wirklich sagen, dass er nie Opa wird? Ich muss nicht. Aber ich tat es. Vor ca. einem Jahr „outete“ ich mich schließlich. Erst vor meiner besten Freundin, dann vor meiner Schulklasse und irgendwann durch einen

dummen Zufall auch vor meinem Vater. Mein Freundeskreis ging total gelassen damit um (bis auf einen, der sich prompt einen neuen Sitzplatz in der Schule suchte und jeglichen Kontakt abbrach – allerdings ist selbst diese Sache mittlerweile geklärt), Bekannte äußerten sich nicht negativ dazu, nur mein Vater hat es wohl immer noch nicht verkraftet. Irgendwie verstehe ich ihn, irgendwie auch nicht. Allerdings habe ich eine wahnsinnig wichtige Erfahrung gemacht, von der mir auch schon andere SLBTs (Schwul, Lesbisch, Bisexuell, Transgeschlechtlich) erzählt haben: Zu mir und meinen Gefühlen zu stehen auch wenn es manchmal weh tut ist wohl das Beste, das man machen kann. Ich bereue es nicht, nein ich kann es sozusagen nur jedem „weiterempfehlen“. Denn seit meinem Coming Out bin ich auf eine ganz besondere Weise freier. Schließlich spiele ich meinen Freunden nichts mehr vor.

**Mark hat erst nach seinem co zur SDAJ gefunden. Inzwischen arbeitet er auch als nicht DKP Mitglied bei DKP queer mit. Er hat noch immer Probleme mit seinem Vater, der mit der Homosexualität seines Sohnes nicht umgehen kann. Wir werden weiter Berichten.**

## Ernst Thälmann Gedenkstätte in großer Gefahr

**Mehr als 300 Menschen versammelten sich am 24. August vor dem Gelände des Sporthauses Ziegenhals bei Königs Wusterhausen zur Kundgebung anlässlich des 64. Jahrestages der Ermordung Ernst Thälmanns.**

Max Renkl, Vorsitzender des Freundeskreises „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals e. V.“ informierte die Teilnehmer anschließend über den anhaltenden Kampf für den Erhalt des Sporthauses Ziegenhals. In dem Gebäude hatten sich am 7. Februar 1933 - acht Tage nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler - über 40 führende Funktionäre der KPD unter der Leitung Thälmanns beraten. Das Treffen ging als „illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD“ in die Geschichte ein. Mit Empörung nahmen die Antifaschisten die Fakten über den jüngsten Versuch des momentanen Grundstückseigentümers Gerd Gröger auf, das Inventar der Gedenkstätte, das nachweislich dem Freundeskreis gehört, an Dritte zu verkaufen. Scheinbar beabsichtige der brandenburgische Baudezernent, sich durch den Verkauf des Inventars von den Auflagen zu befreien, die

einem Abriss der Gedenkstätte noch im Wege stehen. Renkl informierte die Anwesenden über Grögers Absichten, die Einheit von Gebäude und Inventar, die auch die Grundlage für den Denkmalschutz darstellt, zu trennen. Obwohl Gröger das Inventar anfangs als Gerümpel bezeichnet hatte, will er nun etwa 122.000 Euro dafür haben, informierte Renkl. „Alle sehen zu, wie ein leitender Beamter Brandenburgs versucht, möglichst viel Geld zu scheffeln. Und das auf unwürdige Weise und auf Kosten der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals“, so der Vorsitzende des Freundeskreises. Er wies darauf hin, daß die historische, national wie international bedeutende Gedenkstätte erneut akut bedroht ist und rief alle Anwesenden auf, den Freundeskreis in dieser kritischen Situation zu unterstützen. „Was wir jetzt vor allem brauchen ist Öffentlichkeit. Jeder und jede von euch ist aufgefordert, diese Handlungen des Ministerialbeamten Gröger öffentlich zu machen.“ Dieser Herr Gröger ist nach unserer Meinung nicht nur ein Antikommunist er ist, da er das Eigentum des Vereins verkauft nichts anderes als ein Dieb.

coming  
out  
hilfe



www.dkp-queer.de

**Kontakt / Infomaterial:**

info@dkp-queer.de

DKP queer  
Postfach 1344  
61283 Bad Homburg



**Mehr Kommunisten  
braucht das Land!**

**Ich möchte:**

- Informationen über die DKP.
- Informationen zu folgenden Themen:
- Mitglied der DKP werden.
- meine Ruhe.

Name:

Straße. Nr.:

PLZ, Ort:

**Bitte an: DKP Hochtaunus  
Postfach 1344  
61283 Bad Homburg**



**Eine Veranstaltung des Parteivorstandes und der Bezirke Rheinland-Westfalen und Ruhr-Westfalen**

**27. September 2008**

Bürgerhaus Süd in Recklinghausen  
13.30 bis 19.30 Uhr  
Einlass 13.00 Uhr

**Programm:**

Revue: "40 Jahre DKP"

**Diskussion**

"Jetzt geht 's richtig los"

Rote Runden Konzert

**Im Foyer:**

So sind wir Geschichte der DKP in Bildern, Kleinzeitungen, Plakaten, Filmausschnitten, Aktionen

**Vorverkauf: 10 Euro, Abendkasse: 14 Euro, ermäßigt: 7 Euro**

**30 Jahre Taunus Echo -  
40 Jahre DKP -  
90 Jahre KPD**

**Eine Veranstaltung der DKP  
Hochtaunus  
am Samstag, dem  
13. Dezember 2008  
ab 18.00 Uhr**

**im Bürgerhaus Köppern  
(Forum Friedrichsdorf)  
Dreieichstraße 22,  
Friedrichsdorf/Köppern**

**Kultur**

Peter Ringel (der rote Leierkastenmann) und Pit Metz (angefragt)



# Kundgebung 90 Jahre Novemberrevolution



**Am 9. November 1918 brach die überfällige Novemberrevolution in Deutschland aus.**

Überall entstanden Arbeiter und Soldatenräte. In Frankfurt tagte er im Hotel Frankfurter Hof, in Bad Homburg in einer Kaserne. Auf dem Gelände dieser Kaserne ist heute das Finanzamt. Am späten Nachmittag des 9. November 2008 werden wir vor dem Finanzamt Bad Homburg eine Kundgebung zum 90. Jahrestag des Arbeiter und Soldatenrats Bad Homburg durchführen. **Von dort aus gehen wir zum Gedenken an die Pogromnacht von 1938 an die alte Synagoge.** Treffpunkt ist am 9. November 2008 um 18.00 Uhr am Finanzamt und um 19.00 Uhr am Synagogen Gedenkstein.



Synagoge Bad Homburg vor der Zerstörung

V.i.S.d.P. Thomas Knecht, Postfach 1344  
61283 Bad Homburg, Auflage 2000 -  
Eigendruck im Selbstverlag

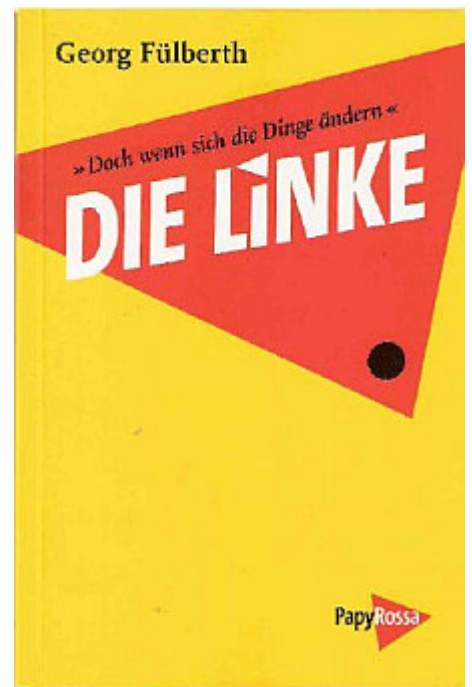
**Zu erreichen sind wir:**  
[dkphochtaunus@googlemail.com](mailto:dkphochtaunus@googlemail.com)

DKP Hochtaunus  
Postfach 1344  
61283 Bad Homburg

Lesung

## „Doch wenn sich die Dinge ändern“ - DIE LINKE

**Eine Veranstaltung der DKP  
mit Georg Fülberth  
Dienstag,  
23. September 2008  
19:30 Uhr  
LinksTreff Georg Fröba  
Landgraf-Philipps-Anlage 32  
(direkt neben dem DGB-  
Haus) Darmstadt**



**„DIE LINKE“ entstand aus dem Zerfallsprozeß zweier ehemals großer Parteien:**

der SED und der SPD, und zugleich zweier Gesellschaftstypen: des real existierenden Sozialismus in der DDR und des auf ständigem schnellem Wachstum beruhenden Wohlstands-kapitalismus in der Bundesrepublik. Die Abwicklung der SPD war allerdings nur eine teilweise: es blieb noch eine große Mitgliederzahl in der alten Partei und diese ist um ein Vielfaches größer als "DIE LINKE". Die Auflösung des alten Wohlfahrtsstaates sowie des real existierenden Sozialismus aber endet nicht in einem Vakuum, sondern erzeugt einen neuen Zustand: dies ist eine Gesellschaft mit mehr Ungleichheit als zuvor, mit einer stärker abgesunkenen Unterschicht und einem neuen Parteiensystem. In ihm könnte "DIE LINKE" einen sichtbaren Platz finden. Georg Fülberth beschreibt die Entwicklung der SPD seit 1989 bis heute, die Geschichte der PDS und der WASG und fragt nach dem Platz der Partei "DIE LINKE" in der Opposition gegen Marktradikalismus und neue deutsche Weltpolitik.

# Hochtaunus Kliniken

## Frage an Holger Haibach (CDU)

“Vielen Dank für Ihre Nachricht an Herrn Haibach über [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de). Wir müssen Ihnen allerdings mitteilen, dass wir Ihre Nachricht in der uns vorliegenden Version nicht freischalten(...)”

### Aus diesem Grund diese Frage als offener Brief hier im Taunus Echo

Herr Haibach, sie haben dem Vertrag von Lissabon, der Bahn Teilprivatisierung und der Verlängerung des Kosovo Einsatzes zugestimmt.

Da sie für Hessen im Bundestag sitzen, möchte ich sie Fragen, ob sie die Verfassung unseres Landes kennen und welche Artikel unserer Verfassung sie mit ihren Abstimmungen gebrochen haben? Ich bin auf ihre Antwort gerade als Kreisvorsizender einer der letzten verfassungstreuen Parteien sehr gespannt.

Thomas Knecht  
Kreisvorsitzender der  
Deutschen Kommunistischen Partei  
Hochtaunus

**Holger Haibach ist CDU Bundestagsabgeordneter. Der für den Hochtaunus direkt nach Berlin gewählt wurde. Es ist an der Zeit solche Bundestagsabgeordnete zu verhindern. Denken sie 2009 evtl daran. Und denken sie auch an etwas anderes:**



**Auch auf dich kommt es an!**

**Machen wir die DKP Stark!**

**Für Frieden, Demokratie,  
Sozialismus!**



### Die neuen Hochtaunus-Kliniken in Bad Homburg und Usingen werden von Privatinvestoren gebaut.

Ein klares Nein zum Klinikneubau besonders in Bad Homburg kam von der Partei DIE LINKE. Durch eine Beteiligung Privater werde der Krankenhausbetrieb “weitgehend öffentlicher Kontrolle” entzogen, so Hermann Schaus, der zudem vor den unüberschaubaren wirtschaftlichen Risiken warnte. Die DKP sieht dies genau so. Landrat Krebs (CDU) sagte, alle Berechnungen hätten ergeben, dass mit einem so genannten Public Private Partnership (PPP) über eine Laufzeit von 25 Jahren ein “deutlich zweistelliger Millionenbetrag” gespart werden könnte. Eine “Budgetobergrenze” die gerade bei Bauvorhaben ja immer eingehalten wird würden dem Kreis auch “höchstmögliche Sicherheit” bieten. Eine Argumentation, der sich die CDU/FDP-Koalition wie auch die FWG anschloss.



“Die Berechnungen sind seriös”, war von Holger Bellino (CDU) noch zu hören. Karin Birk-Lemper (FWG) sagte, sie könne “keine Alternative” zur PPP-Variante erkennen. Die Opposition hegt indessen Zweifel an der Wirtschaftlichkeit und warnte vor dem hohen Risiko, das der Kreis mit dem Finanzierungsmodell eingehe. Das man Risiken mittragen würde, sagte Manfred Gönsch von der SPD. Aber ein “Plan B” müsse der Kreis in der Schublade haben. Ellen Enslin (Grüne) ist der Meinung, die Landesförderung sollte nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden, allerdings könne man auf der “Schmalspurbasis an Zahlen” die Risiken nicht abschätzen. “25 Jahre sind eine lange Laufzeit. Was ist, wenn dem Investor vorher die Luft ausgeht?” PPP ist Enteignung öffentlichen Eigentums. Das ist die Meinung der DKP. Ob sicher oder unsicher, es dient der Bereicherung weniger auf Kosten vieler.

## Baubeginn verzögert sich erneut



So soll sie einmal aussehen, die neue PRS!

### Der Baubeginn der neuen Philipp-Reis-Schule (PRS), die am Spießwald entstehen soll, verzögert sich erneut.

Wie Bürgermeister Burghardt (Grüne) mitteilte, hat ein Gespräch mit Landrat Krebs (CDU) ergeben, dass sich der Zeitplan für das neue Schulgebäude verschieben wird. War im April dieses Jahres noch von einem Baubeginn im Herbst 2008 die Rede, soll das Grundstück jetzt erst im Februar/März 2009 für den Bau vorbereitet werden. Baubeginn wäre dann im Juli 2009. Grund für die Verzögerung seien umfangreiche Planungsleistungen, die europaweit

ausgeschrieben werden mussten. Ein erhöhter Planungsaufwand entstehe auch, weil die Schule im Passivhaus-Standard gebaut werden soll. Wann die alte PRS nun endlich abgerissen wird und die Schüler in die neue PRS einziehen steht also weiter in den Sternen. Der alte Komplex in Dillingen verfällt aber immer mehr. Ein für hessische Verhältnisse “normaler” Unterricht, wenn man davon in Hessen überhaupt sprechen kann, wird so immer weniger Möglich. Aber dafür haben wir ja unseren Herrn Banzer. Kultus und Justiz Minister in einer Person.

# nonpd

**NPD-Verbot jetzt!**

Wir Kommunisten verurteilen auf das Schärfste den Überfall von neofaschistischen Schlägern auf das Sommercamp des Jugendverbandes [‘solid]. Wir schließen uns ausdrücklich dem Protest des Landesverbandes Hessen der Partei DIE LINKE an. Auch wir vertreten die Auffassung, dass die herrschende Politik gerade hier in Hessen ein großes Stück an Mitverantwortung an dieser Situation hat. Neofaschistische Gruppierungen treten, ermutigt durch eine Politik des Sozial- und Demokratieabbaus, sowie der herrschenden Kriegspolitik immer unverschämter und aggressiver auf. Das konnten wir auch im Hochtaunus Kreis lange genug feststellen. Die noch immer CDU-geführte Landesregierung unter Roland Koch hintertreibt nach wie vor ein Verbot der neofaschistischen NPD. Hier sind alle demokratischen Organisationen aufgefordert, dem mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Unsere Forderung nach dem NPD-Verbot jetzt sofort und eine Unterbindung jeglicher faschistischer Aktivitäten und Propaganda, wie vom Grundgesetz und vor allem auch der Hessischen Verfassung gefordert, bleibt nach wie vor auf der Tagesordnung. Wir Kommunisten sprechen den neuerlichen Opfern der Neofaschisten unsere Solidarität aus. Wir hoffen das es den Opfern inzwischen besser geht und die Täter der gerechten Strafe zugeführt werden können.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)  
- Kreisvorstand Hochtaunus



**Wir bitten darum zu entschuldigen, das in dieser Ausgabe keine Jugendseite möglich war. In der nächsten Ausgabe wird diese beliebte Seite wieder erscheinen können.**

## Faschismus ist die Meinung von Verbrechern!

**Noch im Juni war die Welt in Ordnung:** zufrieden stellten Innenminister Volker Bouffier und Prof. Dr. Benno Hafeneeger, Rechtsextremismus-Experte der Uni Marburg, unisono fest: man ist einen Schritt weiter im Kampf gegen Nazis, ja sogar so viel weiter, daß „Rechtsextreme jetzt um Hessen einen Bogen machen“. Zu dieser Zufriedenheit ist nach der Mordattacke des Ex-Butzbacher Jungnazi-Aktivisten Kevin Schnippkoweit kein Anlaß, und es gab ihn in Wahrheit auch nie. Schnippkoweit sitzt zur Zeit in U-Haft, er hat die Tat gestanden. Er war und ist kein Einzeltäter, sondern steht für eine ganze Struktur – sowohl der Nazis, aber auch des Umgangs der Strafverfolgungsbehörden mit ihnen. Denn die öffentlich greifbaren Äußerungen aus der Polizeidirektion Schwalm-Eder und anderer Stellen zur Tat und ihrem Hintergrund sind so widersprüchlich, daß sie erhebliche Fragen aufwerfen. Der Sprecher dieser Dienststelle, Markus Brettschneider, erklärte nach einem Pressebericht noch am 23. Juli, es gebe in Nordhessen „keine vernetzten Nazistrukturen“ und der Täter sei dort zuvor unbekannt gewesen. Dem stimmte zum gleichen Zeitpunkt der Präsident des Landesamtes für „Verfassungsschutz“, Alexander Eisvogel, zu: Schnippkoweit habe man nicht auf dem Schirm gehabt, ob er zu Nazistrukturen gehört habe, ja vielleicht sogar „Aktivist“ sei, wisse man nicht. Allerdings gab es eine Serie von Hausdurchsuchungen bei Neonazis im Schwalm-Eder-Kreis. Diese hingen aber, erklärt die Polizei dort, gar nicht mit Schnippkowitz Aktion und Festnahme zusammen, sondern sei schon lange vorher geplant gewesen. Hat mithin die Polizei schon „seit langem“ Hausdurchsuchungen bei 13 Leuten der „Freien Kräfte Schwalm-Eder“ geplant, über deren Existenz sie andererseits gar nichts wußte? Dazu passen die widersprüchlichen Aussagen über die Zahl der vermuteten Nazi-Angreifer auf das [‘solid]-Camp. Waren es vier oder sieben? Was ist aus den anderen Tätern des Überfalls auf das Zeltlager geworden, die derzeit nicht wie Schnippkoweit in U-Haft sitzen? Was ist mit den dreizehn Personen, bei denen es eine Hausdurchsuchung gab? Die Polizei plant also „seit langem“ Hausdurchsuchungen bei Nazis, die es nach Aussagen der Polizei gar nicht geben soll und beschlagnahmt dabei u.A. Sturmhauben, Hakenkreuzfahnen und Waffen. Der Präsident des Landesamtes für „Verfassungsschutz“ der gesagt hat, Kevin Schnippkoweit sei seiner Behörde als Nazi-Aktivist kein Begriff, hätte zum Beispiel nur nachlesen müssen, was die Anti-Nazi Koordination seit einem Jahr über Schnippkoweit veröffentlicht haben. Statt die seit einem Jahr von antifaschist-

ischen Freizeitrechercheuren zusammengetragenen Erkenntnisse zu Schnippkoweit Ernst oder wenigstens zur Kenntnis zu nehmen, ergeht sich Hessens oberster Verfassungsschützer nun in wirklich verwegenen Theorien darüber, wieso es seit Anfang 2008 zunehmend und nicht nur in Nordhessen zu „gewalttätigem Aktionismus“ der hessischen Neonazi-Szene kommt (wohlgemerkt in einer Situation also, in der sein vorgesetzter Landesinnenminister, siehe oben, gleichzeitig behauptet, die Nazis machten wegen der hervorragenden Arbeit der Behörden und Dienste um Hessen „einen Bogen“!): Am Abend des 24.7. stellt der VS-Chef dann fest: „Es hat zumindest auch damit zu tun, daß sich gerade im jugendlichen Rechtsextremismus, also bei den jüngeren Neonazi-Kameradschaften, eine sehr viel stärkere Aktionsbezogenheit herausbildet, als das noch vor wenigen Jahren der Fall ist. Man ist da, wie es in der Szene heißt, ‘auf Action aus’, und das bedeutet eben auch, daß man sich solchen Strömungen zuwendet, die einem so etwas dann auch versprechen.“ dies alles liege nämlich hauptsächlich daran, daß die NPD in Hessen seit bei ihrer Wahlschlappe am 27.1. geschwächt ist und seitdem im April der Vorsitzende Wöll „zurückgetreten“ sei: damit sei nämlich eine „Integrationsfigur“ zwischen der von Herrn Eisvogel offenbar als irgendwie „gemäßigt“ eingestuft NPD und Gruppen wie den „Freien Kräften Schwalm-Eder“ (von deren Existenz die Polizei allerdings nichts wußte...) verloren gegangen. Denn Wöll war laut „Verfassungsschutz“ ein Bindeglied. Auch wir erinnern Herrn Eisvogel daran: Wöll ist nicht „zurückgetreten“. Der vielfach wegen Körperverletzung und zuletzt wegen Leugnung des Holocaust verurteilte ehemalige NPD-Landesvorsitzende erwartet in Kürze einen Prozeß wegen versuchtem Totschlag, das war wohl selbst der NPD zuviel. Und: Wöll war gegenüber Schnippkoweit nicht etwa mäßigende „Integrationsfigur“. Wöll, der aus dem gleichen politischen Bereich stammt, in dem heute u.A Schnippkoweit unterwegs ist, war vielmehr geradezu der politische Mentor von Schnippkoweit! Dieser ging z.B. in Wölls „Nationalem Zentrum“ monatelang ein und aus.

